

**MIGRATION UND INTEGRATION:
CHANCEN UND RISIKEN DER GESTALTBARKEIT**

15 THESEN VON KLAUS J. BADE

1 Europa ist ein Einwanderungskontinent mit fallenden Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und demographisch alternden Bevölkerungen. Daraus resultieren viele Zukunftsprobleme. Europa braucht deshalb geregelte und aktiv gestaltete Einwanderung. Das ist heute weit hin akzeptiert. Früher haben wir lange vergeblich auch in die Akzeptanz dieser Einsichten gekämpft, heute müssen wir vor Überzeichnungen warnen. Das fängt bei der Frage an, woher die Einwanderer der Zukunft eigentlich kommen sollen. Und es endet mit der Frage nach ihrer Integration in einem Europa, das trotz verhaltener Einwandererfreude weiterhin noch immer ein latent euro-rassistisches Missfallen an anderen Hautfarben zeigt; denn viele Europäer begegnen den „Fremden“ nach wie vor lieber im Urlaub als zuhause, am Arbeitsplatz oder gar im Chefzimmer. Nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch in ihrem östlichen Erweiterungsraum sinken, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Geburtenraten. In diesen „Trend“ eingeschwenkt zügigen Wandel vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland. Wer also für Einwanderung in großer Zahl plädiert, soll auch sagen, an welche Herkunftsländer er dabei denkt. Und er soll sagen, wie er sich angesichts der nach wie vor verbreiteten Abwehrhaltungen konkret die Förderung der Akzeptanzbereitschaft gegenüber solcher Einwanderung in ökonomischer Zahl z. B. aus Afrika und Indien, vorstellt.

2 Einwanderung ist kein Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme: Abstützende Geburtenraten können nicht durch Einwandererimport ausgeglichen werden. (...)

3 Die Wahrheit liegt in einer vernünftigen Vermittlung zwischen geregelter Zuwanderung von außen und tief greifenden, für Viele schmerzhaften Reformen im Innern. Sie münden in einem Mix von zum Teil unerfreulichen Positionen: u.a. die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Verkürzung von Ausbildungszeiten und Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie eine Erhöhung der Rentenbeiträge trotz Senkung des Rentenniveaus. (...)

**WOLFSBURG
Dienstag, 25. September 2001**

Eine Veranstaltung der Stiftung Umwelt und Leben, Hannover, in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Ausländerreferat der Stadt Wolfsburg im Rahmen der „Internationalen kulturellen Wochen“

Integrationspolitik in den Niederlanden – ein Modell für Deutschland?

Ort: Wolfsburg, Bahnhof, Hugo-Junke-Weg 5, 38440 Wolfsburg

19.30 – 20.00 Vortrag:
Erfahrungen mit Einbürgerungsverträgen in den Niederlanden
Rob Eberts, Forum – Institut für multikulturelle Entwicklung, Utrecht

20.00 – 22.00 Podiumsdiskussion mit:
Rob Eberts
Manuel Campos, Leiter der Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer“ beim IG-Metall-Vorstand, Vorstandsmitglied, „Interkultureller Rat in Deutschland“

Petra Hanf, Sprecherin der AG „ImmigrantInnen und Flüchtlinge“ von Bündnis90/Die Grünen, Berlin (angefragt)

Lyman Alzayed, Lehrerin, Hannover
Moderator: Thomas Hartmann, Journalist, Berlin

Info: Fon: 0511. 301 807
E-Mail: info@slu.de

4 Einwanderungsland Deutschland

4 „Migrationspolitik pur“ ist Nonsense; denn teufelischerweise hängt gerade hier alles mit allem zusammen. Mehr noch: Wer Migrationspolitik machen will, sollte deshalb weniger von Zahlen und mehr von Zielen reden in Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in der Kulturpolitik. (...)

5 Die innere Kehrseite von Migration heißt Integration. (...) Neben vorausschauender muss es auch eine nachholende Integrationspolitik geben, die Folgerungen aus eigenen Fehlleistungen zieht: Es leben schon mehr als sieben Millionen Einwanderer der ersten, zweiten und schon dritten Generation im Land und gegenüber vielen von ihnen gibt es hier noch eine historische Bringschuld.

6 Einwanderungspolitik als Gesellschaftspolitik darf auch Mentalitätsprobleme nicht ausblenden; denn Einwanderungsprozesse können für Mehrheit wie Minderheiten mit erheblichen Identifikationsproblemen verbunden sein. Integration ist dabei nicht bloß einseitige Anpassungsleistung, sondern auch ein gesellschaftliches Geschäft auf Gegenseitigkeit, das beide Seiten verändert. Dabei bildet sich, im glücklichsten Falle, eine neue Solidarität in einer Einwanderungsgesellschaft heraus. (...) Es geht schlicht um Gesellschaftspolitik in der Einwanderungssituation. Sie darf nicht unbegleitet bleiben im naiven Vertrauen auf einen gleichsam naturwüchsig friedlichen Verlauf gesellschaftlicher Prozesse. Migrations- und Integrationspolitik ist eben mehr als Quotenrechnen.

7 Integration von Einwanderern in großer Zahl und die damit verbundenen Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft werden von den Einheimischen leichter akzeptiert, wenn Steuerung und Begrenzung nach außen die Einwanderung überschaubar halten. (...)

8 Aber es darf keine Illusionen geben über die Grenzen der Gestaltbarkeit: Hinter der durch Umfragen belegten neuen deutschen Euphorie gegenüber einer Zuwanderungsgesetzgebung steckt hierzulande vielfach weniger der Gedanke an die nötige Zuwanderungsförderung als die stille Hoffnung auf Zuwanderungsbegrenzung. Übersehen wird dabei oft, dass die Handlungsspielräume für Migrationssteuerung durchaus begrenzt sind wegen umfangreicher, durch unterschiedliches Recht geschützter Zuwanderungen (in Deutschland also Familiennachzug, Aussiedlerzuwanderung und Asyl).

9 Umso wichtiger ist es, hier rechtspolitisch nicht – wie z.B. im Ausländergesetz von 1990 – starr, sondern flexibel zu handeln. (...)

10 Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik als Steuerungssysteme für im Rahmen des Möglichen geregelte Zuwanderung von außen sind Voraussetzungen für die Akzeptanz der teuren Eingliederungshilfen im Innern. Wer aber, zumal vor dem Hintergrund von struktureller Massenarbeitslosigkeit, für Einwanderung votiert, der muss nicht nur gute Konzepte haben, sondern für diese Konzepte auch mit guten Argumenten werben; denn Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik kann man nur mit der einheimischen Mehrheit und nicht gegen sie machen, wenn es nicht zu Spannungen zu Lasten eingewanderner Minderheiten kommen soll.

11 Das nötige Pendant zu Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik sind entsprechende Institutionen, die in Deutschland noch fehlen: ein zentrales Bundesamt für Migration und Integration mit angeschlossenen ethni-



kennen-lernen

Kulturelle Globalisierung – Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung

Eine Publikation der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie (HGDO)

Die Dokumentation eines Kongresses vom August 2000 in Frankfurt am Main stellt Texte zusammen zum Thema 'Produktion und Rezeption von Kunst, Kultur und Medien'. Die Beiträge dieses Bandes versuchen auszuloten, welche konkreten Formen die Globalisierungsprozesse haben und wo Verluste und positive Möglichkeiten liegen. Dazu

außen sich VertreterInnen aus der Ethnologie, den Kulturwissenschaften, der Musik- und Filmtheorie sowie kulturelle und kulturpolitische Akteure: Elisabeth Beck-Gernsheim, Susanne Binas, Dietrich Diederichsen, Knut Hickethier, Wolfgang Hippo, Dieter Kramer, Harald, Mark Terkessidis, Bernd Wagner, Ina Zukrigl.

Bernd Wagner (Hrsg.), *Kulturelle Globalisierung – Zwischen Weltkultur und kultureller Fragmentierung*, 192 Seiten, Paperback, DM 29,80 ISBN: 3-88474-982-X Klartext Verlag, Dickmannstr. 2-4, 45143 Essen, Fax: 0201/86206-22

schungsinstitut sowie ein Sachverständigenrat für Migration und Integration. (...)

12 Blick nach außen: Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik als transparenter Rahmen für geregelte Zuwanderung sind auch ein Beitrag zum Kampf gegen Schleuserkriminalität. (...)

13 Durch die Bekämpfung von Schleuserorganisationen wird die illegale Migration nicht einfach abgeschafft. Es wird sie, das ist eine historische Erfahrung aller Einwanderungsländer, immer geben. Und die Versuchung dazu wächst mit der Höhe des Zauns um das gelobte Land. Daran ändern auch Einwanderungsgesetze wenig. (...)

14 Wir müssen lernen mit der Spannung zu leben, die eine Entkriminalisierung der illegalen Migration mit sich bringt: Wir brauchen dazu einerseits einen Abbau der Feindbilder von den „illegalen Einwanderern“, bei denen ohnehin in der Regel Täter und Opfer verwechselt werden. Und wir brauchen andererseits die Einübung in einen im Rahmen des Möglichen normalen Umgang mit dem Unnormalen, z.B. durch die Befreiung von Ärzten oder Sozialdiensten von der Pflicht, illegal hier lebende Patienten oder Hilfesuchende den Behörden zu melden.

INTEGRATION IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

„Migration kontrovers – Integrationspolitik im europäischen Vergleich“ lautet das Thema des Forschungsjournal „Neue Soziale Bewegungen“ vom März dieses Jahres. Vor allem der Vergleich zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland macht deutlich, wie sich die unterschiedliche Gestaltung der Einwanderungs- und Integrationspolitik auf das politische Verhalten von Migranten und ihr Verhältnis zur nationalen Demokratie ausgewirkt hat.

Die sehr informativen, allerdings in einer sozialwissenschaftlichen Fachsprache geschriebenen Beiträge dieses Heftes verbinden zwei theoretische Fragestellungen: zum einen geht es mit Blick auf die Infolge von Migration entstandenen ethni-

Wir brauchen zugleich Angebote zur Legalisierung irregulärer Beschäftigungsverhältnisse. Das sollte nur auf Zeit gelten, also unterhalb der Schwelle dessen bleiben, was in Italien oder Frankreich „Regularisation“ heißt; eine generelle Akzeptanz illegaler Wege zu unbefristeten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen führt Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik an das Limit.

15 Es gibt nicht nur erwünschte Zuwanderungen, sondern auch unerwünschten Wanderungsdruck. Der erledigt sich nicht durch Grenzbollwerke, Sicherheitspolitik und Warten auf Besserung wanderungstreibender Umstände. Nötig ist auch eine Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen in den Heimatländern und Ausgangsräumen. (...)

Klaus J. Bade ist Professor für Neueste Geschichte und Vorstandsmitglied des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück. Der Autor wird auf dem Podium in München am 28. September (Programm auf Seite 6) und auf der Tagung in Nürnberg am 29. September (Programm auf Seite 5) teilnehmen.

Der vollständige Text befindet sich im Internet unter: www.boell.de, in etwas gekürzter Fassung erschien er in der ZEIT vom 3. Mai 2001

schon und kulturellen Minderheiten um die Gestaltung der nationalstaatlichen Demokratie und um Regelungen zur Staatsbürgerschaft. Hier steht die Frage im Mittelpunkt, ob und unter welchen Bedingungen sich kultureller Pluralismus in Einklang bringen lässt mit sozialer Kohäsion und Solidarität, wie sie für die Funktionieren moderner liberaler Demokratien notwendig ist.

Eine zweite verbindende Perspektive der Beiträge dreht sich um die Frage, ob der Nationalstaat überhaupt noch die relevante Bezugskategorie für die Analyse von Einwanderung und Integration darstellt, oder ob er von supranationalen Regimen und Normen sowie transnationalen Gemeinschaftsbildungen abgelöst worden ist.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (NSB), Heft 1, März 2001, 25 DM, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, Stuttgart;

Bestellungen über: Brockhaus/Commission, Postfach, 60803 Kornwestheim, Fon: 07154. 13 27 37 / Fax: 07154. 13 27 13